

# Wochenspiegel

## 14. – 20. November 2020

### *Darüber diskutiert Frankreich*

Seite 1/2

**Justizminister Eric Dupond-Morreti und Innenminister Gérald Darmanin haben in einem Interview die Grundzüge des neuen Gesetzes zum „Schutz der republikanischen Werte“ vorgestellt.** Ursprünglich von Staatspräsident Emmanuel Macron als „Gesetz gegen Separatismus“ angekündigt, soll das Gesetz am 9. Dezember, Jahrestag der französischen Laizismusgesetzes von 1905, vor dem Ministerrat präsentiert werden. Es enthält Maßnahmen gegen Hate Speech im Internet, bessere Kontrollmöglichkeiten muslimischer Verbände, die Einschränkung des Rechts auf Homeschooling sowie Schutzmaßnahmen für Frauen.

**Staatspräsident Emmanuel Macron und Innenminister Gérald Darmanin haben am 17. November Vertreter des „Französischen Rates des muslimischen Glaubens“ (CFCM) empfangen.** Das Gremium umfasst neun muslimische Verbände, die seit 2003 für die Vertretung der französischen Muslime gegenüber den staatlichen Behörden zuständig ist. Während dieses Treffens stellte der CFCM Emmanuel Macron das Projekt eines „Nationalen Rates der Imame“ (CNI) vor. Dieser Rat würde nach dem Vorbild einer Berufsordnung wie die der Rechtsanwälte oder Ärzte funktionieren. Der Rat wäre dafür zuständig, das Wissen zukünftiger Imame zu prüfen sowie die Ausbildungsqualität zu „labelisieren“. Macron forderte vom CFCM zudem die Ausarbeitung einer Wertecharta in den kommenden zwei Wochen, in der die Verbände sich vom politischen Islam und der Einflussnahme durch ausländische Kräfte distanzieren sollen.

**Der amerikanische Außenminister Mike Pompeo hat am 16. November in Paris eine siebentägige Europa- und Nahostreise begonnen.** Er traf mit seinem französischen Kollegen Jean-Yves Drian und anschließend auch hinter verschlossenen Türen mit Präsident Emmanuel Macron zusammen, wie das Präsidentsamt mitteilte. Über den Inhalt der Gespräche wurde nichts bekanntgegeben.

**Für Aufregung sorgte ein Anruf des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron bei der amerikanischen Tageszeitung New York Times.** Macron kritisiert nicht zum ersten Mal, dass Teile der englischsprachigen Presse Frankreichs Kampf gegen islamistischen Separatismus als kontraproduktiv einschätzen. Als Frankreich vor fünf Jahren angegriffen wurde, hätten alle Nationen Frankreich unterstützt, so Macron. Aktuell sei dies leider nicht der Fall, beschwerte sich bei der New York Times. Bereits am 5. November hatte Macron unter der Überschrift „Frankreich ist gegen islamistischen Separatismus, niemals gegen den Islam“ einen Brief an die Financial Times geschrieben.

**Das französische Innenministerium hat am 16. November ein Weißbuch zur inneren Sicherheit vorgestellt.** Das 322 Seiten starke Dokument ist das Ergebnis jahrelanger Konsultationen zwischen Regierung, Gewerkschaften und zentralen Akteuren der französischen Polizei und Gendarmerie.

Die Autoren stellen fest, dass Polizeikräfte heute „von einem bedeutenden Teil der Bevölkerung abgelehnt werden“. Grund hierfür sei, dass die Franzosen nicht über die Aufgaben der Ordnungskräfte Bescheid wüssten. Angesichts dieser Situation empfiehlt das Weißbuch eine Neuorganisation der Kommunikation des Innenministeriums. Aufregung sorgte in diesem Kontext eine Wortäußerung von Innenminister Gérald Darmanin, dass sich Journalisten bei der verantwortlichen Polizeipräfektur melden müssen, wenn sie eine Demonstration zur Berichterstattung begleiten wollen. Die Debatte wurde weiter durch die Festnahme eines Journalisten des öffentlichen Senders France 3 bei einer Demonstration gegen die derzeit in der Nationalversammlung laufende Debatte zum Gesetz zur globalen Sicherheit angefacht. Das Gesetz sieht u.a. eine einjährige Haftstrafe sowie eine Geldstrafe in Höhe von 45.000 Euro für Personen vor, die Sicherheitskräfte im Einsatz filmen und damit ihre physische Sicherheit in Gefahr bringen. Der Fernsehsender France 3 bezeichnete die Festnahme als massive Bedrohung für die Pressefreiheit in Frankreich.

**Erneut hat die französische Polizei ein illegales Flüchtlingscamp geräumt.** Im Pariser Vorort Saint-Denis lebten über 2800 Personen unter schwersten hygienischen Bedingungen zwischen der Pariser Stadtautobahn und dem bekannten Fußballstadion Stade de France. Den Gesundheitsbehörden wurden immer wieder Neuansteckungen mit dem Coronavirus gemeldet. Die zumeist allein-stehenden Männer, vor allem aus Afghanistan, aber auch aus dem Sudan, Äthiopien und Somalia, befinden sich vielfach bereits seit Monaten obdachlos auf den Straßen der Hauptstadt. Der französische Staat lässt die illegalen Flüchtlingscamps in regelmäßigen Abständen evakuieren.

**Der verschwörungstheoretische Film „Hold-Up“, der auf verschiedenen Online-Plattformen aufgerufen werden kann, schlägt in Frankreich hohe Wellen.** Bei der Dokumentation handelt es um einen gut zweieinhalb Stunden langen Verschnitt des französischen Fernsehjournalisten Pierre Barnérias. Finanziert wurde der Film mit Crowdfunding: Statt der angestrebten 20.000 Euro kamen auf der Plattform Ulule 183.000 Euro zusammen. Allein am 14. und 15. November soll die Dokumentation von rund 2,7 Millionen Personen angeklickt worden sein. In dem Film kommt u.a. ein Apotheker zu Wort, der der französischen Regierung die Zulassung von Euthanasie älterer Corona-Patienten vorwirft. Eine Soziologin wirft den Reichsten der Welt vor, „wie die deutschen Nazis im Zweiten Weltkrieg einen Holocaust zu planen“, der diesmal die 3,5 Milliarden Ärmsten der Welt eliminieren soll. Auch der ehemalige Außenminister Philippe Douste-Blazy kommt in dem Film zu Wort. Er betonte inzwischen, dass er im Vorfeld nicht über den verschwörungstheoretischen Charakter des Films aufgeklärt wurde.

**Die französische Regierung hat Amazon und andere Online-Plattformen wegen der Corona-Pandemie zum Verzicht auf den sogenannten Black Friday aufgerufen.** Wirtschaftsminister Bruno Le Maire appellierte an die Onlinehändler, die für den 27. November geplanten Rabattangebote zu verschieben, solange die meisten Geschäfte in Frankreich wegen der Pandemie geschlossen bleiben müssten. Der französische Arbeitgeberverband Medef lehnt den von der Regierung geforderten Verzicht auf die Schnäppchenaktionen ab.

**DIE ZAHL DER WOCHE****57%**

Senatoren des zentristischen Lagers haben beim französischen Meinungsforschungsinstitut IFOP eine Umfrage zur Wiedereinführung der Briefwahl in Frankreich in Auftrag gegeben. Hintergrund ist die niedrige Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlen auf kommunaler und nationaler Ebene. Politiker und Experten befürchten einen weiteren Rückgang der Wahlbeteiligung bei den anstehenden Département- und Regionalwahlen im Frühjahr 2021 unter dem Eindruck der derzeitigen Pandemie.

Getestet wurden bei den Befragten die Optionen Briefwahl, elektronische Wahl, Stimmrechtsvertretung, die bisher nicht eingerechnete Stimmrechtsenthaltung, Einführung eines partiellen Verhältniswahlrechts sowie die Verlängerung der Wahldauer. Die Briefwahl wurde in Frankreich 1975 abgeschafft, weil es angeblich zu vielen Missbräuchen und Fälschungen durch kommunistisch organisierte Postbeamte kam. In der Umfrage sprechen sich lediglich 57% der Befragten für die Wiedereinführung der Briefwahl aus. 18% lehnen diese Maßnahme vollkommen ab. Große Befürwortung erhalten hingegen die Einberechnung der Abgabe eines leeren Stimmzettels, der sogenannten vote blanc (81%), die partielle Einführung eines Verhältniswahlrechts (73%) sowie die bereits existierende Stimmrechtsvertretung (73%).

## Veranstaltungshinweis der KAS Frankreich

**25. November auf Zoom und Facebook****18.15-19.15 Uhr****Wie schützt die EU ihre Werte und Interessen in der Welt?****Der europäische Weg, die Sprache der Macht zu lernen**

mit

**Elmar Brok**, Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlaments a.D.

und

**Justin Vaïsse**, Generaldirektor des Paris Peace Forum

es moderiert:

**Andreas Noll**, Deutschlandfunk BonnEinschreibung: [Hier klicken](#)